

## Pressemitteilung vom 28.04.2009

Zur Diskussion um eine Verschärfung des Waffenrechts

### **Aiwanger: Probleme bei der Wurzel packen und bestehende Regelungen mit Leben füllen statt Waffengesetzverschärfung**

München (da). „Es ist ein Ablenkungsmanöver, wenn derzeit wie blind neue und immer neue Gesetzesvorschläge zur Verschärfung des Waffenrechts in die politische Arena geworfen werden. Wir müssen vielmehr das Bewusstsein für die Problematik sensibilisieren, die hinter Amokläufen steckt, nämlich eine zunehmende Verrohung von Jugendlichen durch „krankmachende“ Computerspiele“, so Hubert Aiwanger, FW-Landtagsfraktionschef. Er fordert, die Probleme bei der gesellschaftlichen Wurzel zu packen: „Wir brauchen keine weiteren Verschärfungen der Waffengesetze, sondern es muss verboten werden, Computerspiele zu produzieren und zu vertreiben, bei denen es umso mehr Belohnungspunkte gibt, je mehr Menschen niedergeballert werden. Auch die Auswirkung des zunehmenden Einsatzes von Psychopharmaka sollte mal unter die Lupe genommen werden. Es gibt nämlich Berichte, wonach Amokläufer häufig unter dem Einfluss von Psychopharmaka stehen. Auch sinnvolle Freizeitgestaltung der nachwachsenden Generation muss immer mehr zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden. Wenn wir kein Geld für Schulturnhallen und Ganztagschulen ausgeben wollen, werden wir eben leider in Gefängnisse investieren müssen.“ Aiwanger appelliert aber auch an die Verantwortung der Waffenbesitzer: „Wer als Waffenbesitzer Jugendliche im Haus hat, die schulische oder andere Probleme haben, unstabil sind und Killerspiele ansehen, darf seine Waffen einfach nicht in gesetzeswidriger Weise frei im Haus herumliegen lassen.“

Florian Streibl (Oberammergau), jagdpolitischer Sprecher der FW-Fraktion: „Nicht die Waffen sind es, die zu den Unglücksfällen führen. Es sind die gesellschaftlichen Umstände, die wir in einer gemeinschaftlichen Anstrengung verbessern müssen.“ Gesellschaftspolitische Probleme wie die immer mehr um sich greifende Bindungslosigkeit, der allgemeine Werteverfall sowie die immer öfter auftretende soziale Verwahrlosung müssten dringend parteiübergreifend angegangen werden. Hier helfen weder bundesweite Zentralwaffenregister noch eine Begrenzung der Waffenanzahl im Land.

Eine Arbeitsgruppe von Vertretern der Innenministerien von Bund und Ländern berät momentan über Neuregelungen im Waffenrecht. Sie war nach dem Amoklauf von Winnenden eingesetzt worden, bei dem ein 17-Jähriger im vergangenen Monat 15 Menschen und sich selbst getötet hatte. Die Mehrheit der Länder lehnt das Verbot großkalibriger Waffen für Schützen ebenso ab wie eine Begrenzung der Anzahl der Waffen pro Schütze.

Pressereferentin der FW-Fraktion im Bayerischen Landtag  
Daniela Abentung – Maximilianeum – 81627 München  
Tel.: 089/4126-2931, Funk: 0173/ 945 75 37  
[daniela.abentung@fw-landtag.de](mailto:daniela.abentung@fw-landtag.de)